
Stellungnahme der Hauptabteilung IX zu einem Reiseantrag Wolf Biermanns

Um an einer Solidaritätsveranstaltung für die Opfer des spanischen Franco-Regimes teilnehmen zu können, wollte der kritische DDR-Liedermacher Wolf Biermann 1975 nach Offenbach reisen. Die Stasi äußerte in einer Stellungnahme Bedenken dagegen.

Wolf Biermann, Sohn einer kommunistischen Arbeiterfamilie aus Hamburg, siedelte 1953 als Schüler in die DDR über. Er hielt den Staat für das bessere Deutschland. Dort nahm er ein Studium am Berliner Ensemble, dem von Bertolt Brecht gegründeten Theater, auf. Mit seinen Liedern und Gedichten, die er bald zu schreiben begann, geriet er zunehmend in Konflikt mit der strengen Linie der Staatspartei SED. 1965 verhängte das Politbüro ein totales Auftrittsverbot gegen den Künstler. Drüber hinaus hörte die Staatssicherheit Biermanns Wohnung und Telefongespräche ab, las seine Briefe und setzte auch Spitzel auf ihn an. Ihn einzusperren oder „verschwinden“ zu lassen hätte dagegen zu viele unerwünschte internationale Reaktionen nach sich gezogen.

Obwohl seine künstlerischen Wirkungsmöglichkeiten dadurch auf private Räume eingeschränkt wurden, gewann Biermann weiterhin an Popularität – auch im Westen Deutschlands. Dort veröffentlichte er Schallplatten und Gedichtbände. Das SED-Regime konnte dies nicht verhindern und auch Auftritte des Liedermachers in anderen Staaten formal nicht verbieten. Die DDR-Oberen verweigerten ihm jedoch die Ausreise, wenn es Anfragen an den Liedermacher aus dem Ausland gab.

Im Oktober 1975 wollte Biermann an einer Solidaritätsveranstaltung für Opfer des spanischen Franco-Regimes in Offenbach teilnehmen. Das DDR-Kulturministerium genehmigte die Reise und setzte den Liedermacher darüber telefonisch in Kenntnis. Das Ministerium des Innern erteilte hierfür ein Ausreisevisum und vermerkte dies im Reisepass des Liedermachers.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) war darüber jedoch verstimmt. Die Hauptabteilung IX verfasste eine Stellungnahme und argumentierte: "Die DDR-Staatsorgane" hätten "kein zwingendes Interesse an einer Protestbekundung gegen die Terrorurteile des faschistischen Franco-Regimes vom Territorium der BRD aus".

Den Konflikt entschied die SED-Spitze zu Gunsten der Geheimpolizei und widerrief die Genehmigung. Wolf Biermann, der seinen Pass mit dem Visum im Kulturministerium abholen wollte, erhielt stattdessen ein Duplikat ohne das Visum. Der schon gestempelte Original-Pass blieb beim MfS. Biermann wurde nur mitgeteilt, dass die Reise ausfällt.

Signatur: BArch, MfS, HA IX, Nr. 16677, BL 102-103

Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung IX	Urheber: MfS
Datum: 3.10.1975	Rechte: BStU
Überlieferungsform: Dokument	

Stellungnahme der Hauptabteilung IX zu einem Reiseantrag Wolf Biermanns

BStO 000102

41

Hauptabteilung IX Berlin, den 3. 10. 1975
5 Expl. 4, Ausf./Wi

S t e l l u n g n a h m e

zum Reiseantrag des B I E R M A N N nach Frankfurt/Main
zur Teilnahme an einer Protest-Veranstaltung gegen die Terror-
urteile des faschistischen Franco-Regimes in Spanien am
19. 10. 1975

In Beantwortung des als Eingabe an den Minister für Kultur formulierten Antrages vom 19. 9. 1975 zur Genehmigung einer Reise nach Frankfurt/Main zur Teilnahme und zum Auftreten an einer dortigen für den 19. 10. 1975 geplanten Protest-Veranstaltung gegen die jüngsten Urteile des Franco-Regimes sollte BIERMANN durch einen Mitarbeiter dieser Institution in mündlicher Form die Ablehnung des Antrages mitgeteilt werden. Dabei sollte ihm erklärt werden, daß seitens der Staatsorgane der DDR kein zwingendes Interesse an einer Protestbekundung gegen die Terrorurteile des faschistischen Franco-Regimes vom Territorium der BRD aus besteht.

Die Erteilung einer Genehmigung zur Durchführung einer Reise bei Wegfall der Voraussetzungen von staatlichen bzw. dienstlichen Gründen ist danach lediglich auf der Grundlage der Bestimmungen zur Durchführung von Besuchereisen in dringenden Familienangelegenheiten möglich, die jedoch selbst bei einer extensiven Auslegung der Anordnung über die Regelungen im Reiseverkehr nicht möglich ist. Entsprechend der Dienstvorschrift 40/74 des Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei werden durch die zuständigen Organe der DVP - im vorliegenden Fall handelt es sich um die Volkspolizei-Inspektion Berlin-Mitte - lediglich Anträge zu Besuchereisen in dringenden Familienangelegenheiten bzw. von Rentnern und Invalidenrentnern zur Bearbeitung entgegenge-

Stellungnahme der Hauptabteilung IX zu einem Reiseantrag Wolf Biermanns

